A24 Antrag „Umgang mit den deutschen Kolonialverbrechen“

Gremium:	GRÜNE JUGEND BREMEN
Beschlussdatum:	26.10.2017
Tagesordnungspunkt:	2. Anträge

Die Ära der Kolonialisierung setzte den Grundstein für die Rassentheorie, die unter dem NS-Regime als Rechtfertigung für Millionenfachen Mord diente. Heute begründet die erstarkende Rechte ihre menschenfeindliche Ideologie mit ähnlichen, daraus entwickelten Argumentationsstrategien.

Die Auseinandersetzung mit dem Ursprung dieser Ideologie, der Kolonialzeit, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie nicht existiert. In Bremen, wie auch nahezu allen anderen deutschen Städten, sind Straßen nach Kolonialverbrecher*innen benannt. Die H.-H.-Meier-Allee oder die Lüderitzstraße sind nur zwei Beispiele für Straßen, die nach Täter*innen benannt sind, ohne auch nur auf den kolonialen Hintergrund der beiden Namensgeber zu verweisen. Daher fordern wir eine Umbenennung aller Straßen, die nach Kolonialverbrecher*innen benannt sind. Es findet ein so starker Gewöhnungseffekt statt, dass Produkte mit dem Zusatz „kolonial“ sogar beworben werden, um eine vermeintliche „Exotik“ zu transportieren. Der strukturelle Rassismus, die Unterdrückung der lokalen Bevölkerung und das Gewaltregime der Kolonialzeit werden mit dem Begriff nicht konnotiert. Derartige sprachliche Manifestation des europäischen Überlegenheitsglauben tragen dazu bei, dass die Verbrechen des Kolonialismus vergessen bleiben.

In Bremen erinnert der große Elefant im Nelson-Mandela-Park an die Bremer Kolonialvergangenheit. Das nebenstehende Mahnmal zur Erinnerung an den Völkermord an den Herero ist als solches kaum auszumachen und zeugt von einem wenig ernsthaften Erinnerungswillen. Die Kolonialisierung zeigt bis heute Wirkung auf die Situation und Wahrnehmung der ehemals kolonisierten Länder. Die GRÜNEN Bremen setzt sich für ein kollektives Bewusstsein für die Verbrechen unter der deutschen Kolonialherrschaft ein. Zentraler Bestandteil davon muss eine konsequente Bildungsarbeit in Schulen sein. Die Aufarbeitung der Kolonialverbrechen im Rahmen des Geschichtsunterrichts bilden das Fundament, um langfristig ein breites Bewusstsein zu schaffen. Deshalb fordern wir eine entsprechende Anpassung der Bremischen Bildungspläne.
Bewusstsein und Erinnerung sind die Grundlage einer Anerkennung des unsagbaren Leids mit dem Ziel gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme. Teil einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung müssen immer auch Vertreter*innen der kolonisierten Länder sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.